Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 16/1280

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages



An den

Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses Herrn Werner Kalinka, MdL

An den

Vorsitzenden des Umwelt- und Agrarausschusses Herrn Klaus Klinckhamer, MdL

An den Vorsitzenden des Petitionsausschusses Herrn Detlef Buder, MdL

im Hause

Ihr Zeichen: Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen: L 204 Meine Nachricht vom:

Bearbeiter: Heiko Voß

Telefon (0431) 988-1022 Telefax (0431) 988-1037 parlamentsdienst@landtag.ltsh.de

4. Oktober 2006

Volksinitiativen gegen den Verkauf des Landeswaldes

Sehr geehrte Herren,

in der Anlage übersende ich Ihnen die Kopie eines Schreibens des Innenministeriums vom 12. September 2006 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Machin Mayon hog



Innenministerium | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Herrn Präsidenten
des Schleswig-Heisteinischer
Landtag
nen Landtages
13.09.2036 14:58

Expl: Ant.
LP| L | L1|L2|L3|

Ihr Zeichen: / Ihre Nachricht vom: / Mein Zeichen: IV SRV 27-111.7.5.15 Meine Nachricht vom: /

Monika Grollmuß monika grollmuss@im landsh.de Telefon: 0431 988-3061 Telefax: 0431 988-3049

12. September 2006

Volksinitiative gegen den Verkauf des Landeswaldes

Im Zusammenhang mit einer beabsichtigten Volksinitiative gegen den Verkauf des Landeswaldes fand heute auf Wunsch von Frau Fritzen, Landesvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN, zusammen mit Herrn Dr. Nickel, Landtagsfraktion Bündndis 90/ DIE GRÜNEN, ein Beratungsgespräch gem. § 5 Abs. 1 VAbstG im Innenministerium statt.

In dem Gespräch ergaben sich verschiedene, von den Initiatoren noch zu klärende Fragen.

Darüber hinaus wird auch zu prüfen sein, ob möglicherweise Artikel 41 Abs. 2 Landesverfassung von Bedeutung sein könnte, wonach Initiativen über den Haushalt des Landes unzulässig sind. Das fachlich zuständige Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume wurde daher gebeten, ggf. bestehende Bedenken oder Überlegungen mitzuteilen, die im Rahmen der Beratung bedeutsam sein könnten, und falls erforderlich, das Finanzministerium in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Ich bitte nach § 5 Abs. 3 Volksabstimmungsgesetz von dieser beabsichtigten Volksinitiative Kenntnis zu nehmen.

Gerd Harald Friedersen